

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 3

Artikel: Rückblick und Ausblick
Autor: Bircher, Eugen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157015>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rückblick und Ausblick.*)

Von Eugen Bircher.

Sn den schweren Novembertagen des Jahres 1918 ging eine starke Welle Vaterländischer Begeisterung über unser Land. Es galt nicht nur, Verfassung und Recht gegen gewaltsamen Umsturz zu schützen. Überall flammten auch Wille und Entschlossenheit auf, den Forderungen einer neuen Zeit Rechnung zu tragen und unser Staatswesen an Haupt und Gliedern zu erneuern. Eine von 12,000 Bürgern besuchte Versammlung im Amphitheater in Vindonissa am 24. November 1918 forderte in einer Beschlusfassung „von Behörden und allen politischen Parteien, unverzüglich die Arbeit zur Hebung der wirtschaftlichen Not aller Kreise und zur Erfüllung der Forderungen einer neuen Zeit auf verfassungsmäßigem Wege aufzunehmen“.

Wie schnell ist diese Welle der Begeisterung verebbt. Heute, zehn Jahre später, müssen wir feststellen, daß unsere Bewegung das Ziel, das sie sich setzte, nicht erreicht hat, und daß von unsern damaligen Forderungen nur der kleinste Teil in Erfüllung gegangen ist. Wieder leiden heute weite Volksteile wirtschaftliche Not; besonders der Bauernstand ist weitherum von solcher betroffen. Erstarrung, Sichbescheiden beim Hergebrachten, Lässigkeit und Gleichgültigkeit sind die Kenn- und Wahrzeichen unseres politischen Lebens, in dem wieder diejenigen das große Wort führen, die sich damals kleinlaut im Hintergrund hielten, als es galt, mit der Tat und dem Einsatz der Person für Staat und Gemeinschaft einzutreten. Wie viel Selbstüberhebung und Selbstzufriedenheit aber auch sonst beim Einzelnen und im Ganzen! Haben wir aber wirklich Grund, so selbstsicher und selbstzufrieden zu sein? Entspricht unser Verhalten der großen Meinung, die wir von uns und unserer Zeit haben?

Kraft Rechts der Selbstbestimmung hat die Schweiz sich seinerzeit aus dem Rahmen eines kraftlos gewordenen Reiches gelöst und sich eigene Staatlichkeit gegeben. Wie oft wird dieses Wort Selbstbestimmungsrecht aber heute von Leuten im Munde geführt, die noch nie den Mut aufgebracht haben, Achtung davor überall dort zu fordern, wo es heute in der Welt mit Füßen getreten wird. Und unsere Gesinnung im allgemeinen? War der Fortschritt der Technik auch von einem Fortschritt unseres geistigen und sittlichen Lebens begleitet? Da müssen wir feststellen, daß, verglichen mit den Blütezeiten früherer Kulturen, unsere heutige Kultur tief unter dem Mittel jener steht. Und das trotz all-

*) Aus einer kürzlichen Ansprache an die Delegiertenversammlung der „Vaterländischen Vereinigung des Kantons Aargau“.

gemeiner Schulbildung und trotz des so viel gepriesenen politischen Erziehungswertes der Druckerchwärze. Ja, was die letztere, d. h. das Zeitungswesen anbetrifft, so kommt darin oft eine Niedrigkeit und Roheit der Gesinnung zum Ausdruck, die ihresgleichen in früheren Zeitaltern sucht. Neben dem, was bei Abstimmungen und Wahlkämpfen in der Presse aller Schattierungen und Parteien an Verdächtigungen, Verleumdungen und Verdrehungen geleistet wird, erscheinen die Reden eines Ulysias fast wie unschuldige Ammenmärchen. Das Beschimpfen und Herabsetzen Anderer ist manchmal gerade dort zum täglichen Bedürfnis geworden, wo es sonst nur so trieft von Friede, Gerechtigkeit, Würde und Menschlichkeit und anderen schönen Worten. Wobei etwa nicht nur an sozialistische Zeitungen zu denken ist, die zwar wohl an — göttlicher — Grobheit oft kaum zu überbieten sind, die aber an Giftigkeit und Übelwollen von manchem, sich vornehm gehabenden Bürger- und Manchesterblatt übertroffen werden. Das ist der große Mangel der heutigen Schulbildung, daß sie uns alles Erdenkliche vermittelt, nur eines nicht: Herzensbildung. Was nützt all das viele Wissen, das zudem, weil ihm der zentrale Mittelpunkt fehlt, oft nur an der Oberfläche haftet und nicht vor Leichtgläubigkeit und der Einwirkung von Sensationshascherei bewahrt, wenn das Wohlwollen und die Güte für den Mitmenschen und die Achtung vor der natürlichen Schöpfung fehlt? So sind Eigensucht, Geldgier und kleinlicher Neid oft nur zu sehr die Triebkräfte menschlichen Handelns und Tuns. Und Nietzsches Ausspruch: Seit ich den Menschen kenne, liebe ich die Hunde, behält immer neu seinen Wahrheitskern.

Wie steht es ferner mit unserer so viel und in den höchsten Tönen besungenen und auch immer gern vom Ausland her gelobten Schweizer Freiheit? Wie mit Sinn und Wirkung unserer politischen Demokratie? An immer zahlreicheren Abstimmungstagen darf der Schweizer seine Meinung über staatliche Dinge bekunden und dabei frei seiner Zustimmung oder seinem Unmut Ausdruck geben. Frei? Ja, so meint er. Die Großzahl der Stimmenden erliegt aber fast immer der Beeindrückung durch die Abstimmungspropaganda. Genügend Geld und geschickte geübte Kunst der Massenbeeinflussung spielen bald bei allen Wahlen und Abstimmungen die größere Rolle als die vermeintliche freie Entscheidung des Einzelnen. Auch in der Wahl der Kandidaten, die er in die Behörden und Ämter schicken will, ist die Freiheit des Bürgers so gut wie illusorisch geworden. In kleinen Parteizirkeln werden jene aufgestellt. Der Stimmbürger hat dazu nichts zu sagen. Er darf lediglich bei der Wahl wie eine chinesische Pagode für die eine oder andere Partei mit dem Kopf wackeln und den Zopf nach hinten hängen lassen. Ist es unter diesen Umständen wirklich so verwunderlich, wenn die Jugend sich von der Odheit und Parteibefangenheit der heutigen Politik ab- und andern Dingen, wie Sport oder leichtem Zeitvertreib, zuwendet? Die Geschichte der Zeitalter lehrt, daß keine staatliche Form von ewiger Dauer ist. So beginnt auch die Demokratie in ihrer heutigen Form sich zu überleben. Die Staaten mit diktatorischer Gewalt sind in stän-

diger Zunahme begriffen. Sollte die Schweiz schließlich nicht auch einmal diesen Weg gehen? Die Sozialdemokraten wollten im Jahre 1918 ja in richtiger Erkenntnis der Dinge die Diktatur des Proletariats errichten und damit der Diktatur des Führertums zuvorkommen. Die Entwicklung wird in der Schweiz vielleicht langsamer vor sich gehen als anderswo. Aber daß sie kommen wird, daran kann schließlich doch kein Zweifel sein.

Nicht nur der Begriff der politischen Freiheit erscheint so von fragwürdiger Beschaffenheit. Auch die persönliche Freiheit ist etwas, was der Mensch von heute bald nur noch vom Hörensagen kennt. Was für einen Aufwand für den zeitgenössischen Bürger bedeutet es doch nachgerade, nicht ständig mit den zahllosen Gesetzen und Gesetzlein in Streit zu geraten, die ihm bei jedem Schritt Fallstricke legen. Es dürfte im heutigen Staat keinen Menschen geben, der nicht von rechtswegen Bestrafung verdient hätte und der dieser nur entgangen ist, weil er nicht erwischt worden ist. Nach einer jüngst aufgestellten Statistik müßte jeder Einzelne im Durchschnitt von rechtswegen drei bis dreieinhalb Jahre seines Lebens im Zuchthaus zubringen. Derart steckt der Staat seine Nase in jeden Quark und verordnet, befiehlt und verbietet, ohne damit die menschliche Natur und die biologischen Gesetze, denen sie gehorcht, auch nur im geringsten ändern zu können. Die Folge dieser starren und nur zu oft gedankenlosen Gesetzesmacherei sind eine ständige Abnahme des natürlichen Rechtsbewußtseins im Volk. Man könnte sagen: je mehr Gesetze, desto weniger natürliches Rechtsbewußtsein. Umgekehrt hängt mit den vielen Gesetzen der Funktionarismus zusammen, diese neue Form von Fron, durch die die Beteiligten, ohne Verfügungsgewalt über ihre Zeit und ihre körperliche Bewegungsfreiheit, wie an eine Maschine gespannt, den Hauptteil ihres Lebens verbringen. Gegen all das kann nur die Wiedererweckung der Persönlichkeit helfen, die in der Masse untergegangen und durch den Staat mit seiner Bevorzugung der Mittelmäßigkeit gehemmt und verdrängt ist. Nur Persönlichkeiten und nie die beeindruckbare Masse machen Geschichte.

Staat und politisches Leben franken heute auch an ihrer inneren Unwahrhaftigkeit. Wie viel wird versprochen, an dessen Erfüllbarkeit selbst im Augenblick des Versprechens von dem Versprechenden nicht geglaubt wird. Darum auch immer weniger Vertrauen und Glauben an Staat und öffentliches Wesen. In der Politik darf ja eigentlich auch nur noch das Wort führen, wer von parteiwegen dazu abgestempelt ist. Parteisekretäre, Vorstands- und Komiteemitglieder verabreichen die einzig richtige Nahrung. Was an selbständiger Meinung außerhalb des Parteiramens vertreten wird, erscheint von vorneherein als verdächtig. Und wer eigene Wege gehen will, für den ist in der Politik kein Vorwärtkommen. Trotzdem, was für einen bemühenden Eindruck macht diese offizielle Politik der Parteien, etwa in ihrem eigentlichsten Organ, im Parlament. Sitzungen werden geschwänzt, Abstimmungen nicht mitgemacht. Die wesentlichen Dinge gelangen in den Wandelgängen, hinter den Kulissen, zu Behandlung und Entscheidung. In den Vollsitzungen

hört man viel, langes und meist bedeutungsloses Schwätzen; selten nur taucht ein höherer Gesichtspunkt, ein fruchtbarer Gedanke auf oder kommt es zu einer guten rednerischen Leistung. Die Verhältnismahl hat das Parlament zu einem Parteienzirkel herabgewürdigt. Ist es da mehr als recht und billig, wenn künftig die Unkosten des Parlaments von den Parteien aus der eigenen Tasche, und nicht vom Steuerzahler, bestritten werden.

Nirgends zeigt sich der wirkliche Stand unseres staatlichen Seins vielleicht eindrücklicher als in der Außenpolitik und der Wehrfrage. Kein Bauer würde so leichtfertig auf ein Wegrecht verzichten, wie wir auf unsere Rechte in Savoyen verzichtet haben. In Rhein- und Zonenfrage sind wir Schritt für Schritt vor dem Willen des Auslandes zurückgewichen und haben uns mit schönen Worten begnügt. Im südlichen Landesteil spürt man Kräfte an der Arbeit, wie sie seinerzeit in Trient und Triest tätig waren und woraus uns Überraschungen unliebsamster Art entstehen können. Trotzdem sind bald die Sozialdemokraten die einzigen, die Verständnis für diese Dinge und die dort auf dem Spiele stehende Würde des Staates besitzen und bekunden. Die Geschichte lehrt auch, daß der Daseinswille eines Staates sich am Maß seines Wehrwillens ablesen läßt. Geht der Wille zum eigenen Staat zurück, dann zeigt sich das zuerst in der Vernachlässigung und Untergrabung des Wehrgedankens und eigenen Wehrwesens. Ist es mit diesem zu Ende, dann sind Zusammenbruch und Auflösung des Staates nur noch eine Frage der Zeit. Wie viel Lebensjahre kann man unserm Staat unter diesem Gesichtspunkt noch geben? Uns will scheinen, wir stünden 1798 näher als 1499.

Sollen wir nach all dem Gesagten an unserm Volk verzagen und schwarzseherisch ein unabwendbares Schicksal über uns hereinziehen lassen? Nein! Wir glauben, daß auch heute noch in dem mit seinem Boden verwachsenen Bauern, im Handwerker, der sich von der Fron der Maschine frei gehalten, im Arbeiter, in dessen Brust eine Sehnsucht nach einer neuen Zeit lebendig ist, viel unverbrauchte und unausgeschöpfte Kraft ruht. Wer als Arzt Gelegenheit hat, mit diesen einfachen Schichten in enge Berührung zu kommen und ihr Denken und Handeln kennen zu lernen, dem erwächst gerade aus dieser Berührung der Glaube an eine weitere Zukunft unseres Volkes und zugleich auch die Überzeugung, daß deren Träger diese Volksschichten sein werden und daß von ihnen in erster Linie der staatliche Neubau, die unumgängliche Erneuerung an Haupt und Gliedern, ausgehen wird.